

Politik brief

Dezember
2018

VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.
WIR GESTALTEN ZUKUNFT.



VCI



Handelspolitik: Für offene Märkte und fairen Wettbewerb kämpfen

EU: Einheit erhalten, Herausforderungen annehmen

USA: Faire Partnerschaft statt nationale Egoismen

Leistungsbilanzen: Fixierung auf Überschüsse hinterfragen

China: Eine neue Strategie entwickeln

Brexit: Grenzüberschreitende Wertschöpfung erhalten

Welthandelsorganisation: WTO stabilisieren, Regeln modernisieren

Globale Verflechtung: Deutsche Chemie- und Pharmaindustrie in Zahlen

Für eine nachhaltige Entwicklung: Handeln – für alle

Seite 2

Seite 3

Seite 4

Seite 5

Seite 6

Seite 7

Seite 8

Seite 9

Seite 10

Handelspolitik

Für offene Märkte und fairen Wettbewerb kämpfen

Protektionismus hat weltweit wieder Konjunktur. Die USA setzen auf „America First“ und brüskieren ihre Partner mit Zusatzzöllen. China erweitert seinen internationalen Einflussbereich und schottet – oftmals die Grenzen der WTO-Regeln auslotend – den eigenen Markt von der Konkurrenz ab. In Europa erlebt die EU mit dem Brexit einen herben Dämpfer.

Diese Entwicklungen stellen die Exportnation Deutschland wie auch die Weltwirtschaft insgesamt vor große Herausforderungen. Die deutsche Chemie- und Pharmabranche wirbt für eine Politik, die dem freien Handel trotz aller Widrigkeiten weiter Rückenwind gibt.

Eine gute EU-Handelspolitik:

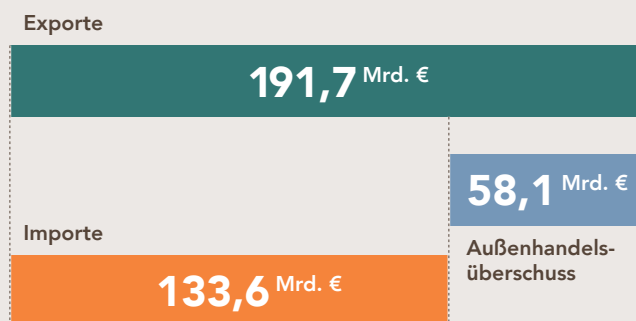
- streitet für offene Märkte. Zollschränken dagegen sind kontraproduktiv für Wohlstand und nachhaltige Entwicklung.
- tritt weltweit für fairen Wettbewerb und ein positives Investitionsklima ein. Subventionen, erzwungene Technologietransfers und Regulierungen dürfen nicht missbraucht werden.
- wirbt für die multilaterale Handelsordnung und eine weitere Liberalisierung im Rahmen einer starken Welthandelsorganisation. Die EU muss die WTO mit wichtigen Partnern wie den USA, Japan und China weiterentwickeln.

Begleitend sollte die Politik für gute Rahmenbedingungen sorgen. Wettbewerbsfähige Energiekosten, Forschungsförderung und andere Innovationsanreize sowie leistungsfähige Infrastrukturen bestimmen maßgeblich die Chancen der heimischen Industrie – zu Hause und auf den Weltmärkten.

Offene Märkte und internationaler Wettbewerb sollten so gestaltet sein, dass sie zum Wohle möglichst vieler wirken und die Bedingungen für Mensch und Umwelt weltweit verbessern. Die Vielfalt und Qualität von Waren sowie ihre effiziente Produktion beruhen auf Arbeitsteilung und dem Austausch von Rohstoffen und Know-how. Dies geht nur in einer globalisierten Wirtschaftsordnung.

DEUTSCHE CHEMIE STARK EXPORTORIENTIERT

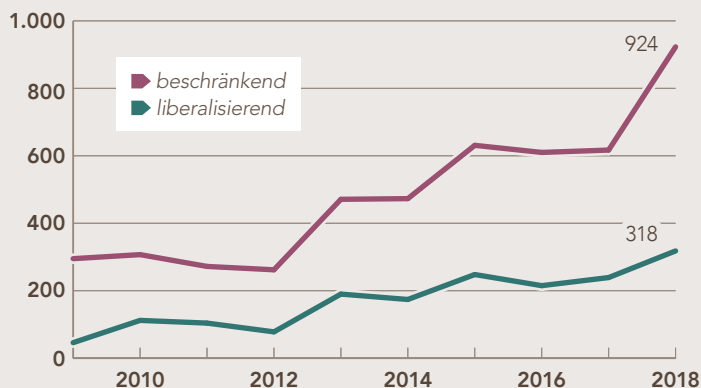
Exporte und Importe, 2017; Quellen: Destatis, VCI



Deutschlands Chemie- und Pharmaunternehmen haben 2017 einen Außenhandelsüberschuss von 58 Milliarden Euro erwirtschaftet. Ein Grund ist die große internationale Vernetzung.

FREIHANDEL IN GEFAHR

Neue handelspolitische Eingriffe pro Jahr; Quelle: Global Trade Alert



Im laufenden Jahr haben Staaten weltweit bereits mehr als 900 Maßnahmen ergriffen, die den Handel mit anderen Ländern behindern. Dies sind deutlich mehr als die Schritte zur Handelsliberalisierung.

Folgen Sie uns auch auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/chemieverband

www.facebook.com/chemieverbandVCI

Alle VCI-Politikbriefe finden Sie auf:

► www.vci.de/politikbrief

Europäische Union

Einheit erhalten, Herausforderungen annehmen

Handelspolitik ist ein zentraler und ausschließlicher Kompetenzbereich der EU. Sie hat das Mandat, Freihandelsverträge mit Drittstaaten auszuhandeln. Dieser gemeinsame Ansatz ist richtig, denn nur die Europäische Union kann mit ihrer Wirtschaftsmacht gegenüber Gesprächspartnern wie den USA oder China auf Augenhöhe auftreten. Dabei sollte sie sich selbstbewusst und werteorientiert für eine liberale und regelbasierte Welthandelsordnung einsetzen. Die Mitgliedstaaten sind aufgerufen, sie dabei zu unterstützen.

Die Chemie- und Pharmaindustrie empfiehlt für die Weiterentwicklung der EU-Handelspolitik:

Handel zur Chefsache machen

- Die USA und China müssen wissen, wer ihr Ansprechpartner in der EU ist. Dieser sollte möglichst hochrangig sein und sich aktiv einbringen. Dass Zusatzzölle der USA bis dato ausblieben, war letztlich auch dem Einsatz des EU-Kommissionspräsidenten zu verdanken. Dies unterstreicht, welch hohen Rang Handelsfragen genießen sollten.

Neue Handelsstrategie formulieren

- Die aktuelle EU-Strategie „Handel für alle“ baute 2014 auf den Erfahrungen

der TTIP-Verhandlungen auf. Sie braucht eine Neuausrichtung, die den rasanten Veränderungen in den internationalen Handelsbeziehungen Rechnung trägt.

International für Freihandel eintreten

- Die EU sollte sich bei allen internationalen Zusammenkünften, zum Beispiel im Rahmen der WTO, im Kreis der G20 und G7 sowie der OECD, für offene Märkte und fairen Wettbewerb einsetzen. Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse sollten abgebaut und internationale Regeln weiterentwickelt werden.

WTO stärken und weiterentwickeln

- Multilaterale Regeln sind für die weitere Handelsliberalisierung wesentlich. Gemeinsam mit den USA, Japan und China sollte das WTO-Regelwerk weiterentwickelt und die WTO effizienter gemacht werden. Die Vorschläge der EU gehen in die richtige Richtung.

Bilaterale Abkommen schließen

- Ergänzend zu multilateralen Lösungen sollte die EU mit wichtigen Handelspartnern bilaterale Vereinbarungen im Einklang mit den WTO-Regeln anstreben. Die EU-Freihandelsabkommen mit Japan, Kanada, Mexiko und Singapur sind wirtschaftlich und politisch von erheblicher Bedeutung und haben die Handlungsfähigkeit der EU untermauert.

Weitere Abkommen beispielsweise mit der südamerikanischen Handelszone Mercosur oder Indien sind anzustreben.

Abkommen rasch ratifizieren

- Damit EU-Freihandelsabkommen rasch in Kraft treten können, sollten die zugrundeliegenden Mandate eine adäquate Trennung von Teilen mit reiner EU- und mit „gemischter“ Kompetenz widerspiegeln.

Eigenes Instrumentarium reflektieren

- Die EU hat ein WTO-konformes Regelwerk von handelspolitischen Schutzinstrumenten, das derzeit ausreichend ist. Es bedarf aber immer wieder der Prüfung, ob neue Formen unfairen Wettbewerbs Anpassungen erfordern.

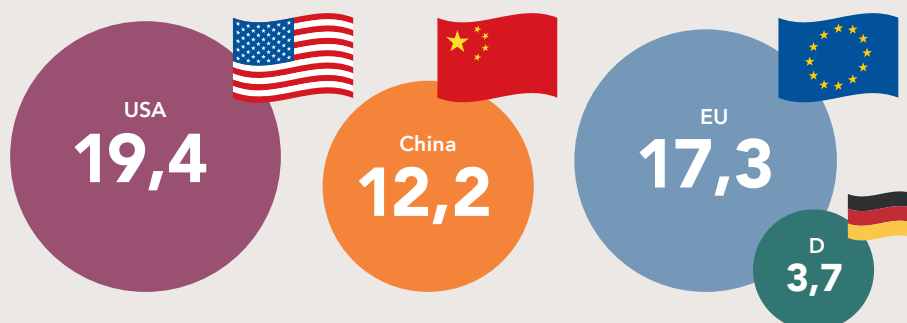
Dialog mit Bürgern führen

- Es gilt, den Wert des freien Handels insbesondere gegenüber den Bürgern zu vermitteln und wenn nötig konstruktiv über Handelsregeln zu streiten.

Um die gemeinsame Handelspolitik fortzuentwickeln, sollte sich Deutschland als Motor für Freihandel engagieren und sich frühzeitig und eng innerhalb der EU abstimmen, ohne dabei seine besonderen Export- und Importinteressen zu vernachlässigen.

EUROPÄISCHE UNION AUF AUGENHÖHE

Bruttoinlandsprodukt USA, China, EU in Billionen US-Dollar, 2017; Quelle: Weltbank



Die Wirtschaftskraft der EU-28 ist mit der chinesischen und US-amerikanischen in etwa vergleichbar. Daraus erwächst Verhandlungspotenzial. Völlig anders sähe das Bild aus, wenn die einzelnen EU-Mitgliedstaaten im Alleingang vorgehen müssten.

USA

Faire Partnerschaft statt nationale Egoismen

Die US-Außenhandelspolitik vollzog mit dem Amtsantritt Donald Trumps einen Paradigmenwechsel. Wichtige Partnerschaften und Institutionen werden infrage gestellt – bis hin zu offenen Konflikten. Europa sollte gerade jetzt selbstbewusst für die Fortführung der jahrzehntelangen Partnerschaft auf Grundlage gemeinsamer Werte und des Interessenausgleichs eintreten.

Die USA sind außerhalb Europas der wichtigste Handelspartner der deutschen Chemie- und Pharmaindustrie. Von allen Produkten, die außerhalb der EU-28-Staaten geliefert werden, geht fast ein Viertel in die Vereinigten Staaten. Schwer wiegt daher die wachsende Ungewissheit: Auch gegenüber der EU droht die US-Regierung mit Zusatzzöllen. Immerhin konnte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im Juli 2018 mit der Vereinbarung von Handelsgesprächen einen Aufschub der Zusatzzölle für Automobile aushandeln. Das hat auch der Chemie eine Atempause verschafft.

Doch es geht um mehr als Zölle. „America First“ wirft auch außen- und sicherheitspolitische Fragestellungen auf: Die einseitige Kündigung des gemeinsamen

Aktionsplans mit dem Iran im Mai 2018 ist ein Rückschlag für die Abrüstungsbemühungen im Nahen Osten. Auch die damit verbundenen US-Sanktionen – die ohne Rücksicht auf die Bedenken langjähriger Partner wieder eingesetzt wurden – unterstreichen, dass die USA zurzeit wenig Rücksicht auf ihre Allianzpartner nehmen.

Für den Umgang mit dieser neuen Situation empfiehlt die Chemie- und Pharmaindustrie:

Entschlossenheit demonstrieren

- Die EU-Politik muss im Schulterschluss mit der Wirtschaft gegenüber den USA als starke Einheit auftreten. Wo nötig, auch mit klarer Kante. Zu Recht hat die EU auf etwaige US-Zusatzzölle – die aus Sicht von EU und Bundesregierung gegen herrschendes WTO-Recht verstoßen – mit einer WTO-Klage und WTO-kompatiblen Ausgleichszöllen geantwortet. Sie muss weitere Ausgleichsmaßnahmen vorbereiten, sollte aber zugleich darauf hinarbeiten, diese nicht einsetzen zu müssen.

Dialogbereit bleiben

- Der Gesprächsfaden mit den USA darf nicht abreißen. Es ist richtig, dass die EU gemeinsam mit den USA sondiert,

wie Chancen des freien Handels und der Zusammenarbeit zum Vorteil beider Seiten pragmatisch genutzt werden können. Die europäische Chemie ist zum Abbau aller Zölle im Rahmen eines Freihandelsabkommens bereit. Zudem bietet die regulatorische Kooperation Kostensenkungspotenziale, ohne dass das in der EU hohe Niveau in Umweltschutz und Produktsicherheit gesenkt würde.

Für bessere Regeln eintreten

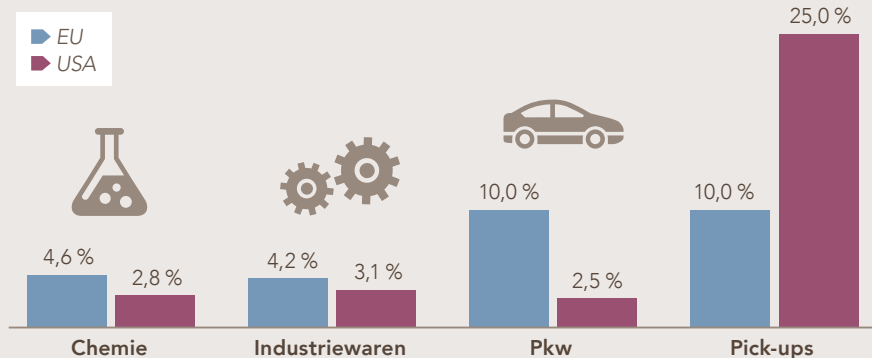
- Die EU sollte die USA auffordern, gemeinsam und mit anderen Partnern das regelbasierte System der WTO zu modernisieren. Entsprechende Vorschläge hat die EU gemacht. Diese greifen auch Ansätze auf, die international einen faireren Wettbewerb schaffen würden.

US-Kritik an Deutschland reflektieren

- Manche Kritikpunkte sind nicht ganz von der Hand zu weisen. Über steigende Investitionen sollte die Binnenfrage in Deutschland erhöht werden. Zudem sind Zusagen an die NATO zur Steigerung des Verteidigungshaushaltes einzuhalten und verbleibende Potenziale für Steuer-senkungen zu nutzen.

ZOLLSÄTZE VON USA UND EU IM VERGLEICH

Aktuell erhobene Durchschnittszölle; Quellen: WTO, VDA



EU und USA erheben – je nach Segment und entsprechend der eigenen Zielsetzung – unterschiedlich hohe Zölle. Insgesamt sind die Unterschiede gering.

Leistungsbilanzen

Fixierung auf Überschüsse hinterfragen

Deutschland sieht sich wegen permanent hoher Leistungsbilanzüberschüsse deutlicher Kritik ausgesetzt. Insbesondere seitens der USA steht der Vorwurf im Raum, die Bundesrepublik bereichere sich auf Kosten anderer. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die EU-Kommission entwickeln derzeit Empfehlungen für den Abbau von Ungleichgewichten – auch für Deutschland, das diese selbstkritisch prüfen sollte.

Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz sind in der Regel das Symptom tieferliegender Ursachen und Probleme, die politisch gelöst werden können. So leidet Deutschland seit vielen Jahren an einer Investitionsschwäche: Die Modernisierung etwa von Infrastruktur, Forschung und Digitalisierung ist trotz erkennbarer Bemühungen nach wie vor ausbaufähig. Auch der Konsum ist – verursacht durch die hohe Steuer- und Abgabenlast der Arbeitnehmer – vergleichsweise schwach.

Statt die Herausforderungen konsequenter anzugehen, verweist die Bundespolitik gerne auf die hohe Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Industrie als Hauptursache für die Überschüsse. Diese Sichtweise ist riskant, denn sie

provoziert protektionistische Gegenmaßnahmen und die Forderung, die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Industriezweige durch höhere Löhne zu drosseln. Diese künstliche Schwächung würde aber niemandem helfen: Kunden auf der ganzen Welt müssten dann mehr für die Produkte zahlen oder Qualitätseinbußen hinnehmen. Auch verstärkter Protektionismus wirkt kontraproduktiv: Zwar könnten Länder mit Leistungsbilanzdefiziten ihre heimische Wirtschaft kurzfristig schützen. Aber weil auch importierte Vorleistungen teurer werden, steigen die Produktionskosten und verschlechtern so deren eigene Wettbewerbsfähigkeit.

Wesentlich empfehlenswerter ist es, stattdessen die Innovationskraft der Wirtschaft und die Binnennachfrage zu stärken. Folgende Optionen sind sinnvoll:

Mehr investieren

■ Auch wenn die Finanzierung noch nicht geklärt ist, sollten Bund, Länder und Kommunen ihre Bemühungen um mehr Investitionen forcieren. Folge verstärkter Investitionen sind unter anderem steigende Importe, da beispielsweise für die Modernisierung des Verkehrssystems oder den Ausbau der digitalen

Infrastruktur Expertise, Produkte und Dienstleistungen auch aus dem Ausland benötigt werden.

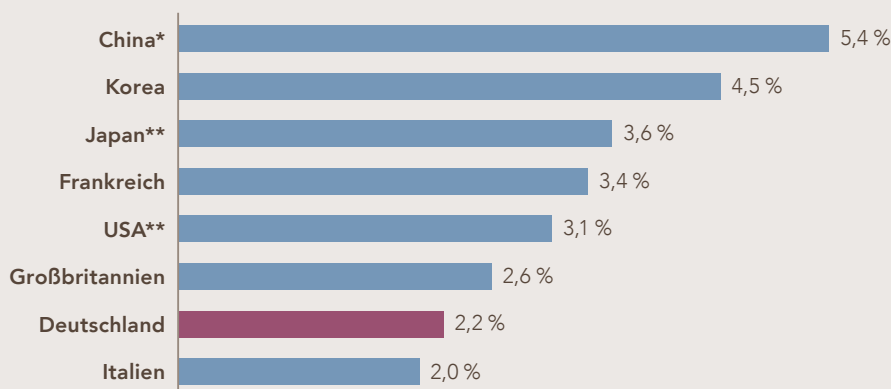
Kaufkraft stärken

■ Anders als in der Exportwirtschaft sind in Teilen der Wirtschaft deutliche Lohnsteigerungen über einen längeren Zeitraum ausgeblieben. Da gleichzeitig Steuern und Abgabenlast gestiegen sind, bleibt vielen Arbeitnehmern immer weniger für den Konsum. Ein starker Konsum würde sich allerdings – ebenfalls über den Hebel zusätzlicher Importe – positiv auf die Angleichung der Handelsbilanzen auswirken. Die Bundesregierung sollte daher erwägen, die Lohnsteuer zu senken oder den Solidaritätszuschlag abzuschaffen.

Auch der IWF empfiehlt eine „wachstumsfördernde Fiskalpolitik“ durch mehr Investitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur. Die Stärkung des Unternehmertums, etwa durch Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung, sowie eine Rentenreform gehören aus Sicht der IWF ebenfalls dazu. Diese Vorschläge sollten aufgegriffen werden. Sie werden den Überschuss zwar nicht auf null reduzieren, wären aber ein wichtiges Signal nach außen und eine Investition in die Zukunft.

STAATLICHE INVESTITIONSQUOTEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Bruttoanlageinvestitionen in Prozent des BIP, 2017 (*2015, **2016); Quelle: OECD



Bund, Länder und Kommunen investieren gemessen am deutschen BIP nur 2,2 Prozent. Dieser im Vergleich zu anderen Staaten niedrige Wert wird vielfach kritisiert.

China

Eine neue Strategie entwickeln

Die Volksrepublik China nimmt mehr als 35 Prozent der weltweiten Chemieproduktion ab. Eine entsprechend große Bedeutung hat das Land auch für die deutsche Chemie- und Pharma-industrie. Die hiesigen Unternehmen haben deshalb ein starkes Interesse an guten Handels- und Investitionsbeziehungen.

Da der Wettbewerb mit China intensiver wird, sollte die EU eine Strategie entwickeln, um fairere Bedingungen zu schaffen. Dazu gehören:

Gegenseitiger Marktzugang

- Chinesische Investoren übernehmen im Rahmen von „Made in China 2025“ verstärkt Firmen im Ausland. Das Engagement ist prinzipiell zu begrüßen, da es Wohlstand und Arbeitsplätze schafft. Allerdings muss die EU darauf drängen, dass China im Gegenzug auch den eigenen Markt öffnet. Dieser ist in manchen Branchen noch immer stark eingeschränkt. Das in Verhandlungen befindliche bilaterale Investitionsabkommen sollte rasch vereinbart werden und die Zugangsbedingungen angleichen.

Geistiges Eigentum

- Immer wieder müssen ausländische Investoren in China ihre Technologie und ihr Know-how übertragen. Gemeinsam mit den USA und Japan sollte die EU alle Spielräume nutzen, dies zum Beispiel über neue Regeln der WTO zu unterbinden.

Auf Drittmärkten Flagge zeigen

- China verfolgt ehrgeizige geo-, handels- und industriepolitische Ziele. Mit der sogenannten „Seidenstraßeninitiative“ baut die Regierung ihren Einfluss erheblich aus. Die EU sollte in den betroffenen Regionen deutlich Flagge zeigen und den europäischen Unternehmen durch ihre Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik den Rücken gegenüber chinesischen Wettbewerbern stärken.

Welthandelsorganisation

- China hat seit seinem Beitritt 2001 sehr von dem WTO-Regelwerk für einen relativ freien und fairen weltweiten Handel profitiert. Die Regeln wurden jedoch lange nicht mehr an die globalen Veränderungen angepasst. Die EU hat

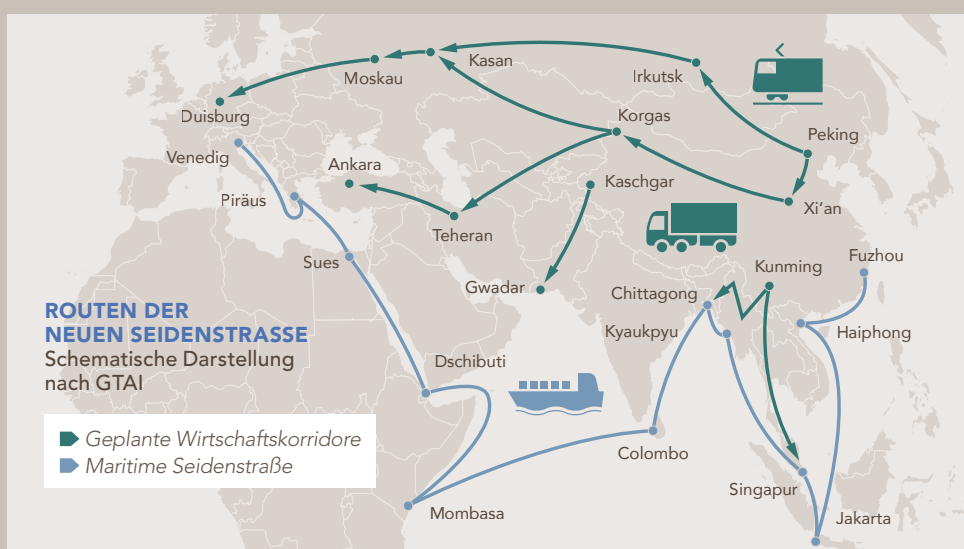
hierzu die Initiative ergriffen und erste Vorschläge unterbreitet. Statt bestehende Regelungslücken der WTO zu nutzen, sollte sich China entsprechend seiner gewachsenen Bedeutung im Welthandel verantwortungsvoll und konstruktiv bei der Weiterentwicklung der WTO einbringen.

Gemeinsame Projekte

- Bei der nachhaltigen Entwicklung sollten sich die EU und Deutschland gegenüber China weniger als Wettbewerber, sondern eher als Partner verstehen. Zusammen könnten wegweisende Lösungen für den weltweiten Klimaschutz sowie wirksame Konzepte für mehr E-Mobilität oder den Schutz der Meere entstehen.

Geschlossenheit

- Die EU sollte der Handelspolitik höchste Priorität einräumen und gegenüber der Volksrepublik als starke Einheit auftreten. Nur so kann sie China auf Augenhöhe begegnen, das Land als Markt erhalten und selbst im Standortwettbewerb bestehen.



Chinas Seidenstraßeninitiative ist das wohl ambitionierteste Infrastrukturprojekt der Welt. Es zielt darauf ab, Handelsströme umzulenken und neue Exportmärkte für heimische Unternehmen zu erschließen. Die Gesamtinvestitionen sind mit rund 1.100 Milliarden US-Dollar hinterlegt.

Gleichzeitig soll mit der „Made in China 2025“-Strategie in innovativen Wirtschaftszweigen die weltweite Technologieführerschaft erlangt werden.

Brexit

Grenzüberschreitende Wertschöpfung erhalten

Im März 2019 wird Großbritannien die EU verlassen. Beiderseits des Ärmelkanals steht viel auf dem Spiel – das gilt auch für die Chemie- und Pharmaindustrie: Deutsche Unternehmen verkauften 2017 Chemieprodukte im Wert von 11,2 Milliarden Euro nach Großbritannien. Auch als Produktionsstandort deutscher Unternehmen spielt das Land eine wichtige Rolle: Rund 17.000 Mitarbeiter stellen dort Vorprodukte her, die größtenteils hierzulande weiterverarbeitet werden.

Diese Wertschöpfungsketten auch nach dem Brexit zu erhalten, ist äußerst anspruchsvoll, da die gesetzlichen Anforderungen an chemische Produkte komplex sind. Was passiert zum Beispiel, wenn britische Unternehmen der grundlegenden EU-Chemikalienverordnung REACH nicht mehr unterliegen und Registrierungen oder andere relevante Zulassungen für Biozide und Pflanzenschutzmittel künftig fehlen? Werden EU-Unternehmen dann von wichtigen Zulieferungen aus Großbritannien abgeschnitten? Wie lassen sich Wertschöpfungsketten erhalten?

Bei den Verhandlungen sollten konstruktive Lösungen im Vordergrund stehen, die möglichst rasch Planungssicherheit liefern. Wesentliche Themen sind:

Gleiche Standards erhalten

- Die künftige EU-27 sollte mit Großbritannien bestehende Standards bei der Produkt- und Chemikaliensicherheit erhalten. Institutionell ist das abzuschließen, indem Großbritannien auch künftig in die EU-Chemikalienbehörde ECHA eingebunden bleibt.

Handelspartnerschaft bewahren

- Die EU-27 und Großbritannien sollten durch eine enge Handelspartnerschaft verbunden bleiben. Ein umfassendes Partnerschafts-, Investitions- und Handelsabkommen wäre die Grundlage. Andernfalls würde Großbritannien zum WTO-Status als „Drittstaat“ klassifiziert und wäre handelspolitisch so weit entfernt wie die USA oder China.

Zollschranken vermeiden

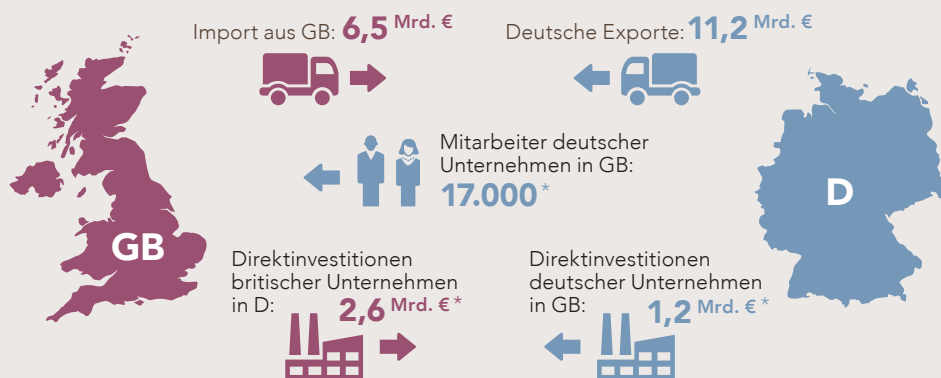
- Sollte die britische Regierung Chemie- und Pharmazölle in Höhe der heutigen EU-Außenzölle erheben, beliefen sich die Zusatzkosten für deutsche Exporte

auf etwa 200 Millionen Euro pro Jahr. Zudem drohen zeitaufwendige Zollprozeduren, die zahlreiche Lieferketten akut erschweren und damit gefährden. Um chaotische Zustände zu vermeiden, sind eine Freihandelszone, eine Zollunion oder ein noch zu definierendes Sonderverhältnis mögliche Optionen.

Die Pharma- und Chemieindustrie plädiert im Schulterschluss mit der gesamten deutschen Wirtschaft für die schnellstmögliche Klärung zentraler Fragen und möglichst wenig Zusatzbürokratie. Im Zweifel wären Übergangsregeln für Zollfragen und sonstige Handelshemmnisse vorzusehen. Dabei geht es insbesondere um pragmatische Lösungen für die REACH-Regulierung.

CHEMIE- UND PHARMAINDUSTRIE ENG MITEINANDER VERZAHNT

Kennzahlen 2017 (*2016); Quellen: Destatis, Deutsche Bundesbank, VCI



Die deutsche und die britische Chemie- und Pharmaindustrie sind eng miteinander verzahnt. So exportierten deutsche Unternehmen 2017 Produkte im Wert von 11,2 Milliarden Euro nach Großbritannien. Gemessen an den weltweiten Exporten entspricht das einem Anteil von 5,8 Prozent. Um den Schaden für die beteiligten Akteure gering zu halten, sollte der Brexit möglichst pragmatisch umgesetzt werden.

Welthandelsorganisation

WTO stabilisieren, Regeln modernisieren

Handel braucht einen verlässlichen Rahmen. Die WTO setzt seit 1995 die entsprechenden Regeln für ihre 164 Mitglieder und ahndet Verstöße. Damit sichert sie die weltweite Arbeitsteilung sowie Wirtschaftswachstum und steigenden Wohlstand überall – in Industrie- wie auch in Schwellen- und Entwicklungsländern. Gleichwohl wurden die Regeln der WTO zu lange nicht mehr an globale Veränderungen angepasst. Die Mitglieder sollten diese möglichst rasch modernisieren.

Die WTO steht unter massivem Druck. Größere Erfolgsmeldungen liegen lange zurück. Die 2001 begonnene sogenannte Doha-Runde konnte bis heute nicht abgeschlossen werden. Und auch neue Regeln für aktuelle Herausforderungen konnten lange nicht mehr vereinbart werden. Zugleich nehmen protektionistische Maßnahmen weltweit zu.

Drei Probleme behindern die WTO besonders: Erstens können notwendige Fortschritte durch das Einstimmigkeitsprinzip leicht verhindert werden. Davon haben China sowie andere Schwellen- und Entwicklungsländer Gebrauch gemacht. Zweitens greift das Regelwerk neue Entwicklungen bislang nicht angemessen auf. Dazu zählen wettbewerbs-

verzerrende Subventionen, das Auftreten staatseigener Unternehmen sowie die Digitalisierung. Drittens ist der wichtige Streitschlichtungsmechanismus in Gefahr, da die USA das Berufungsgremium für Richter blockieren.

Die Chemiebranche setzt sich nachdrücklich dafür ein, die WTO zu stärken und zu modernisieren. Die EU, USA, China und weitere Staaten sollten sich dazu auf eine positive Agenda verständigen. Die EU hat hierzu erste Vorschläge vorgelegt. Wesentliche Ziele sind:

Faire Bedingungen sichern

Der globale Wettbewerb findet unter ungleichen Vorzeichen statt: Subventionen verzerren die Märkte, Staatsunternehmen nutzen Wettbewerbsvorteile, verhindern den Abbau von Überkapazitäten oder setzen ihre Produktion zu Dumping-Preisen auf den Weltmärkten ab. Solche Verzerrungen müssen durch neue Regeln eingeschränkt werden.

Plurilaterale Abkommen vorantreiben

Die multilaterale Handelsliberalisierung steckt in der Sackgasse. Sinnvoll wäre, dass Clubs von WTO-Mitgliedern miteinander leichter Abkommen abschließen können, zum Beispiel durch die Weiterentwicklung des Chemical Tariff Harmonization Agreement.

Streitschlichtung reformieren

Die EU sollte die WTO-Mitglieder überzeugen, rasch eine Reform des Streitschlichtungsmechanismus anzugehen. Andernfalls droht 2019 dessen vollständige Blockade. Aufwand und Dauer der WTO-Verfahren sollten verringert und die Kompetenzen des Berufungsgremiums präzisiert werden.

Transparenz verbessern

Gerade bei nichttarifären Hemmnissen und Subventionen sollte mehr Transparenz herrschen. Die USA haben mit Partnern einen Vorschlag zur Stärkung der entsprechenden Notifizierungspflichten unterbreitet. Dieser ist eine gute Grundlage für eine gemeinsame Initiative von EU und USA.

Geistiges Eigentum schützen

Innovationen setzen adäquate Anreize voraus. Das TRIPS-Abkommen (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) hat globale Mindeststandards zum Schutz der geistigen Eigentumsrechte gesetzt. Diese sollten weiter ausgebaut werden. Dabei sind auch ausbalancierte Regeln zur Sicherstellung freier Datenflüsse und für den Schutz personen- und nichtpersonenbezogener Daten zu erarbeiten.

IMPORT-ZOLLSÄTZE AUF ALLE HANDELSPRODUKTE WELTWEIT

Durchschnittswerte, 1990-2016; Quelle: Weltbank (WITS)



Im April 1994 wurde die Welthandelsorganisation WTO gegründet, 1995 nahm sie ihre Arbeit auf. Sie trug maßgeblich dazu bei, dass sich die Zollsätze in etwa halbierten. In den vergangenen Jahren stagnierte die Entwicklung jedoch.

Globale Verflechtung

Deutsche Chemie- und Pharmaindustrie in Zahlen

AUSSENHANDEL, 2017

► Exporte	191,7 Mrd. € <i>davon Länder außerhalb der EU: 85,7 Mrd. €</i>
► Importe	133,6 Mrd. € <i>davon Länder außerhalb der EU: 51,3 Mrd. €</i>
► Außenhandelsaldo	58,1 Mrd. €

EXPORTE / IMPORTE NACH REGIONEN, 2017

► Europa (außerhalb der EU-28)	23,5 Mrd. € / 18,8 Mrd. €
► NAFTA	23,6 Mrd. € / 13,8 Mrd. € <i>davon USA: 20,6 Mrd. € / 13,1 Mrd. €</i>
► Lateinamerika	4,8 Mrd. € / 0,7 Mrd. €
► Asien	29,0 Mrd. € / 17,4 Mrd. € <i>davon China: 8,5 Mrd. € / 4,8 Mrd. €</i>
► Afrika	3,2 Mrd. € / 0,5 Mrd. €
► Australien/Ozeanien	1,6 Mrd. € / 0,2 Mrd. €

AUSLANDSINVESTITIONEN NACH REGIONEN, 2017

► NAFTA	3,0 Mrd. €
► Europa (ohne D)	2,5 Mrd. €
► Asien, Australien, Sonstige	2,2 Mrd. €
► Lateinamerika	0,5 Mrd. €

WELTWEITER VERBRAUCH* CHEMISCH-PHARMAZEUTISCHER ERZEUGNISSE, 2017	4.840,6 Mrd. € <i>davon China: 1.752,1 Mrd. € davon USA: 748,0 Mrd. €</i>
---	---

Quellen: Destatis, VCI, Chemdata International
* Umsatz + Importe - Exporte

Für eine nachhaltige Entwicklung

Handeln – für alle

Freier Welthandel ist kein Selbstzweck. Er steht im Dienste des wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Fortschritts und trägt – unter anderem durch die weltweite Verbreitung innovativer Lösungen aus der Chemie – zu den Entwicklungszielen der Vereinten Nationen bei.

Positive Effekte zeigen sich zum Beispiel in der Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität und Wasserqualität oder auch bei Werkstoffen, ohne deren globalen Einsatz wesentliche Fortschritte bei Energieeffizienz und Klimaschutz undenkbar wären. Welthandel ist damit Treiber für eine Entwicklung entlang der drei Dimensionen von Nachhaltigkeit:

Ökonomie

Handel ermöglicht internationale Arbeitsteilung und Skaleneffekte. Globaler Wettbewerb ist ein Motor für Innovationen und Effizienz, ebenso der freie Zugang zu Neuheiten aus dem Ausland. All dies sind wesentliche Voraussetzungen für technischen Fortschritt und damit für wirtschaftliches Wachstum.

Ökologie

Handelspolitik umfasst mehr als Zölle und offene Märkte: Wichtig ist auch die regulatorische Kooperation über Ländergrenzen hinweg. Sie hilft insbesondere beim Umwelt- und Klimaschutz. So können durch frühzeitigen Austausch über neue Regulierungsvorhaben die Kosten für die Einhaltung hoher Umweltschutzstandards gesenkt werden. Zudem werden Entwicklungslän-

der durch moderne Freihandelsabkommen dabei unterstützt, internationalen Abkommen beizutreten und deren hohe Standards zu übernehmen.

Soziales

Der Handel erhöht die realen Einkommen in den beteiligten Ländern. Zudem schafft er produktive Arbeitsplätze. So profitieren auch die EU-Bürger konkret vom Freihandel: Jede im Export eingenommene Milliarde Euro sichert nach Angaben der EU-Kommission 14.000 Stellen. Als Konsumenten profitieren die Menschen von niedrigeren Preisen bei größerer Warenvelfalt und -qualität. Zudem setzt sich die EU mit ihrer wertebasierten Handelspolitik für Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Partnerländern ein und unterstützt verantwortungsvolle Lieferketten.

HANDEL MIT INNOVATIVEN LÖSUNGEN DER CHEMIE ZAHLT AUF ENTWICKLUNGSZIELE EIN

Quelle: World Business Council for Sustainable Development



Die UN-Generalversammlung hat 2015 ihre „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. Kernstück bildet ein Katalog verschiedener Ziele. Die Chemie- und Pharmaindustrie zählt mit innovativen Produkten ganz konkret auf zehn dieser Ziele ein, wenn sie ihre Produkte international frei handeln kann.

Ihre Ansprechpartner

Geschäftsführer Hauptstadtbüro Berlin Norbert Theihs

E-Mail theihs@berlin.vci.de **Telefon** +49 (0)30 200599-12

Leiter Außenwirtschaft Dr. Matthias Blum

E-Mail blum@vci.de **Telefon** +49 (0)69 2556-1415

Impressum Politikbrief

Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI),

Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt **Telefon** +49 (0)69 2556-0

Verantwortlich Jenni Glaser

Redaktionsschluss 4. Dezember 2018

Agenturpartner Köster Kommunikation, GDE

Klimaneutral gedruckt auf Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft.